

Stellung zum Parlamentarismus hieb und stichelte in der Gesamtorganisation gestaltet wird, dann ist das ein Gewinn, der auch nicht zu unterschätzen ist.

Der ZA hat nun die Pflicht, in dieser Frage entscheidende Beschlüsse zu fassen. Der HA hat sich hinter die Beschlüsse der Berliner Organisation gestellt, weil sie seiner Auffassung entsprechen. Ich will nochmals betonen, daß der HA auf den Standpunkt steht, daß der Fall Schwarz nun von der ZA erledigt werden muß, daß Verhandlungsmöglichkeiten nur gegeben sind, wenn die Beitragsperre bedingungslos fällt, daß die Beschlüsse der ZA in allen Fragen für alle Genossen gelten, die jetzt bei der Organisation sind, also auch für diejenigen, die später wieder zu ihr kommen. Der HA steht auf dem Standpunkt, daß die ZA heute unbedingt Sonderbeschlüsse fassen muß, daß es in der Organisation nicht wieder vorkommen darf, daß zur Erledigung organisatorischer Beschlüsse zu den Mitteln der Beitragsperre gegriffen wird, daß solche fraktionellen Treibereien in Zukunft verhindert werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß innerhalb der Organisation eine weitestgehende Möglichkeit gegeben ist, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und eventuell durchzudrücken. Aber diese fraktionelle Arbeit sind leninistische Methoden, die in unserer Organisation niemals wieder am Platze sein dürfen. Der ZA muß erklären, daß diejenigen Ortsgruppen im Reich, die trotz aller Beschlüsse auf dem Standpunkt der Beitragsperre bestehen, so behandelt werden müssen, wie die Opposition selbst. Der HA glaubt, daß dies das Fazit sein muß, wenn wir zur praktischen Arbeit für die Zukunft kommen wollen.

Aus der Internationale

Hermann Gorter zum letzten Grub

Das Novemberheft der Monatschrift des antiparlamentarischen Kommunismus in England "The Commune" bringt einen längeren Gorterschen Artikel über Genossen Cames-Meljer-Amsterdam, auf den wir hier zurückkommen wollen. Vieles aus dem Lebensgang des alten Kämpfers ist durch die verschiedenen Nekrologe in unserer Presse schon bekannt und braucht deshalb nicht nochmals erwähnt werden. Immerhin ist noch charakteristisch für das Ende dieses aufsteigenden Revolutionärs, daß er seine letzten Stunden im Brüsseler Hotel nicht nur zur Disposition über seinen literarischen Nachlaß verwandte, sondern auch strikte Anweisung gab, daß niemand zu seinem Grabe sprechen sollte. Einfach und wahrhaft wie im Leben ist Gorter sich im Tode trübend.

Der Kampf mit dem Instanzentum. Bemerkenswert bleibt, daß Gorter schon nach kurzer Wirksamkeit in der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Hollands während der neunziger Jahre als bedeutender Sprecher des Marxismus mit dem Parteiführer in Konflikt geriet. Das sozialdemokratische Organ "Het Volk" zog am Strande des Instanzentums alle Länder, der im revolutionären Marxismus eine Gefahr für das reformistische Strebertum witterte und deshalb auch Gorters Auffassung vom Sozialismus nach bekannter Manier als einen schönen Traum hinstellte. Auch in der sozialistischen Partei wurde keine "Realpolitik" immer ausgeprägt, die den Kampf der proletarischen Masse im Namen des Sozialismus niederhält. Unermüdet setzte Gorter den Arbeitern diesen Verrat aus. Er kämpfte mit Einigkeit gegen den Marxismus und mit den sich die Richtungskämpfe in der SDAP Hollands verschärften, bis die marxistische Gruppe 1909 ausgeschlossen wurde. In den Jahrzehnten der "Neuen Zeit" haben Roland-Holt und andere diese Differenzen wiederholt eingehend dargestellt.

Es entstand die Sozialdemokratische Partei Hollands. Gorter war in ihren Reihen und verließ die Partei vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Holland.

Nicht Begrüßende, sondern Klassenkrieg! Bis zum Ausbruch des Weltkrieges stand diese Partei in ihrer Front gegen den Revisionismus. Dann schwenkten die Führer Wynokop und Ravensteyn in die reformistische Linie ab und versuchten die entente-freundliche syndikalistische Organisation Hollands als Stimmvieh vor ihren Wagen zu schlepfen. Wynokop und Ravensteyn waren später die treuesten holländischen Stützen der Komintern gegen die westeuropäische Linke, die sich um die KAPD gruppierte und haben inzwischen, wie Paul Levi, weil ihnen die Liquidation des revolutionären Kampfes nicht reich genug ging, auch schon den Schritt über Moskau hinaus getan.

Aber Hermann Gorter blieb dem internationalen Klassenkampf treu. Seine Schrift "Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie" zeigt die Unmöglichkeit der Revisionisten, die Klasseninteressen nicht in den Sieg einer der beiden Mindergruppen gekettet ist. Indem das Proletariat dem Krieg den Sozialismus entgegensetzt, führt es den unvermeidlichen Kampf gegen alle Imperialisten bis zu ihrer Vernichtung.

Die Tragik der russischen Revolution. Natürlich war Gorter dann auch ein enthusiastischer Verteidiger der russischen Oktoberrevolution. Aber er begriff den Doppelcharakter dieser großen Bewegung, die nur als Weltrevolution gesehen konnte oder auf ihren Ausgangspunkt zurückgeführt werden mußte. Darum galt es, alle proletarischen Kräfte für die Weltrevolution in Bewegung zu setzen. Gemeinsam mit Pannekoek versuchte Gorter das Wesen und die Triebkräfte der russischen Revolution klarzulegen, die teils eine proletarische und teils eine bäuerliche, d. h. eine kapitalistische war.

Die Bauern forderten Privatigentum und Bodenaneignung. Gegen 10 Millionen Arbeiter, die den Sozialismus wollten, standen 100 Millionen Bauern mit kapitalistischer Ideologie. Wenn die Weltrevolution diesen 10 Millionen Proletariats zur Hilfe kam, konnte die russische Arbeiterklasse zu einem mächtigen Faktor für die proletarische Weltbefreiung werden. blieb aber die Hilfe des internationalen Proletariats vorläufig aus, so mußten die Klassenverhältnisse in Holland zu einer neuen kapitalistischen Ära führen und Rußland wird vom Zentrum der Weltrevolution zum mächtigen Bundesgenossen des Weltkapitals und damit in kapitalistischer Front zum Hemmnis des Klassenkampfes.

Gegen den Leninismus! Auf dem denkwürdigen dritten Kongreß der Komintern kam Gorter für die Auffassung der KAPD. Lenin habe sich bereits auf die Rückzug zum Kapitalismus festgelegt. Seine Schrift über die "Klassenkämpfe" war die Rechtfertigung für den Ausschluß der revisionären Elemente und die Führung von der Einheitsfront stellt die Erröckis zur kapitalistischen Politik dar. Gorters "Offener Brief an Lenin", der jetzt im Zeichen des russischen Oktober-Jubiläum geradezu ein Mahnruf ist, hat dem Leninismus die Antwort. Seine wesentliche, von der Geschichte gerechtfertigte Darstellung lautet: "Wie Lenin die Taktik des russischen Oktober einleitete, damit die Weltrevolution hinauszieht und neue Leiden über die internationale Proletariat bringt. Gorter begründete die westeuropäischen Klassenkämpfe durch die Taktik der Linke gegen Lenin kapitalistischen Methoden, gegen die Rückzug in die bürgerlichen Parlamenten und in die wirtschaftlichen Gewerkschaften, gegen die bolschewistische Diktatur über das Proletariat und die Flucht aus dem Boden der kapitalistischen Legitimität. Gorter

zerteilt, wie jede Periode des Klassenkampfes ihre eigenen Gesetze hat und ihre eigenen Kräfte zur Entfaltung bringt. Die Betriebsorganisationen als der Mittelpunkt des proletarischen Klassenkampfes sind nicht von Theoretikern entworfen oder "entworfen" worden, sondern aus dem Kampfe der Arbeiter entstanden als Ausdruck der Erkenntnis, daß die von Proletariat selbst gebildete parlamentarisch-gewerkschaftliche Organisation sich immer gegen jede proletarische Aktion richtet. So ward die B. O. jene Form, wo die proletarische Kraft ein Ventil fand. Die Taktik der Linken

Gr. öffentl. Versammlung

am Donnerstag, dem 24. November 1927, abends 7.30 Uhr, Pharusstraße, Müllerstraße.

Thema: Lohnbewegung der Metallindustrie und die Schlichtungsmaschine. Was ist zu tun? Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands, 3. Unterbezirk.

von den Arbeitern selbst begründet worden. Gorter zeigt die tiefen Zusammenhänge dieser Erscheinung und weist im "Offenen Brief" nach, daß es sich hier nicht um eine zufällige Verirrung, sondern um den unvermeidlichen Ausdruck des Klassenkampfes selbst handelt.

Niederbruch und Aufstieg. Die Polemik Gorters deutet verschiedentlich darauf hin, daß Lenin den westlichen Kapitalismus nicht veränderte und deshalb auch in der Taktik irrte. Die Zeit aber hat uns darüber belehrt, daß Lenin die kapitalistischen Methoden in voller Kenntnis der westeuropäischen Verhältnisse anwandte, um mit den großen Arbeitermassen der industriellen Länder, gleich in welcher idealen Verfassung sie gerade waren, unverzüglich Hilfe für Rußland zu holen: Aber gegen solche Taktik gerichtete Widerstand mußte gebrochen werden und deshalb wurden die linken Elemente ausgeschlossen.

Auch in England ist diese Politik Lenins wohl verstanden worden. "The Commune" im Juni 1923 schrieb: "Wie kann die KPE in einer Front mit Führern bleiben, die zugunsten der Sturz der Arbeiterrepublik klarsteht? Erweitern wir wirkliche Einheit, tatsächlichen Zusammenhang der KPE mit den Großen, die in einer Partei, die im direkten Gegensatz zu den Vertretern der Labour Party steht. Wir wollen uns vereinigen gegen und nicht mit den Menschewisten!"

Gorter half mit Anton Pannekoek an der Schaffung der Theorie der neuen proletarischen Bewegung. Das Proletariat allein ist die einzige Kraft der Arbeiter-Revolution. In Kampf und Aufklärung muß es zu Klassen- und Kräftebewußtsein erzogen werden. Deshalb läßt sich mit dem Parlamentarismus, der ein Scheiterventil der bürgerlichen Klassen-Gesellschaft darstellt und die proletarische Aktivität von ihrer wirklichen Klassenarbeit ablenkt! Deshalb hinweg mit den Gewerkschaften, die den wirtschaftlichen Parlamentarismus verfestigern!

Gorter prophezeite den Zusammenbruch der 3. Internationale und die Wiederkehr und den Sieg des Kommunismus nach dem russischen Verrat. Wir knüpfen an diese unangenehme Widergabe die Hoffnung, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo eine allseitige Darstellung von Hermann Gorters politischem Wirken, offen in seiner Stärke und Schwäche der Arbeiterklasse ein Kapital für die Geschichte der proletarischen Weltbewegung, die Träne und beispiellose Opfermut, wo revolutionäre Kühnheit, kritischer Geist und brüderliche Hilfe an einem Wendepunkt des Klassenkampfes steht.

Wirtschaft

Es kriselt in Amerika

Zusammenbrüche — Produktionsbeschränkung.

Die Stahlproduktion der Vereinigten Staaten ist seit dem 1. Juni d. J. um rund 25 Prozent zurückgegangen. Die Automobilherstellung ist trotz erhöhter Ausfuhr ebenfalls um rund 25 Prozent zurückgefallen. Da der Anteil des Minderverbrauchs der Automobilindustrie in der Gesamtproduktion der USA nur rund 4 Prozent beträgt, so deutet die starke Einschränkung der Stahlproduktion auf eine ziemlich fortgeschrittene Absatzkrise hin. Das kommt auch zum Ausdruck im Absatz von Roh- und Gießerei-Rohstoffen, der falls soviel zurückgegangen ist, wie die Produktion in Eisen und Stahl für die Produktion von Produktions- und Konsummitteln für den Inlandmarkt ist in Wirklichkeit noch viel größer, da die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist und die Bankrottzahlen ein gutes Maß für die Verunsicherung der Wirtschaft sind.

Der stichliche Ausdruck für die hereinbrechende Krise ist neben den stark ansteigenden Arbeitslosenziffern der Zusammenbruch recht bedeutender Eisen- und Stahlwerke. Im Oktober setzte es ein. Die recht bedeutenden Hüttenwerke Brown, Rogers Co. schlossen am erste ihre Pforten. Am meisten Aufsehen hat wohl der Konkurs des bedeutendsten unabhängigen Drahtwerkes, der Wickwire Spencer Steel Co. mit Werken in Buffalo und an Niagaraarbeit, das die Gesellschaft mit 22 Millionen Dollar kapitalisiert war. Die Verbindlichkeiten sollen nicht weniger als 43 Millionen, die Aktiva 29 Millionen Dollar betragen. Weiter wird der Konkurs der großen Eisengießerei Canton Steel Foundry Co., Canton, Ohio, gemeldet, deren Verbindlichkeiten bedeutend ebenfalls in Konkurs geraten und weiter noch die Dennison Alloy & Steel Castin Co., Dennison, Ohio, mit 3 Millionen Passiva und 1 Millionen Aktiva in Konkurs. Die zehntausend für die industrielle Aktivität genossen hat. Schließlich befindet sich noch die Newton Steel Co. in Youngstown in Schwierigkeiten. Endlich ist noch der Konkurs der Locomotive Crane Co. of America in Champaign Ill. zu melden, das ein sehr gut bekanntes Unternehmen war.

Wenn sich zusammenfassen ist, daß der Zusammenbruch von fast ein Dutzend recht bedeutender Eisen- und Stahlwerken nicht ausschließlich auf den Konsumrückgang zu beschreiben ist, sondern ein Teil der Produktion von anderen Werken übernommen wird, daß heißt, daß die Abgewürgten Rationalisierungszusätze sind, so zeigt die Produktionsbeschränkung von 25 Prozent doch, daß die Krise im Anmarsch ist. Die amerikanische Presse berichtet, daß die Arbeitslosenverhältnisse für die industriellen Weststaaten auf über zwei Millionen. Für den gesamten amerikanischen Kontinent dürfte eine Arbeitslosenziffer von vier Millionen eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein.

Man wird nicht fehl gehen, wenn man die Arbeitslosenziffer Amerikas während der Hochkonjunktur zu hoch als reichlich ansetzt. Die drei Millionen Arbeitslosen, die in Europa durch die "Konjunktur" in den Produktionszweig kamen, sind also in Amerika mit einer reichlich auf Pfahler gesetzt worden. Die europäische "Konjunktur" ist also immer noch weiter nichts als eine Verschiebung des

Schwerewichts der Weltwirtschaftskrise, in der sich der Kapitalismus befindet und aus der er keinen Ausweg gibt. Auf der anderen Seite kann nicht zugegeben werden, daß durch die Einsetzung der amerikanischen Goldmilliarden Produktion und Konsum gestiegen sind. Umso mehr fällt es aber auch ins Gewicht, daß die Arbeitslosigkeit im Weltmarkt nicht nur nicht gesunken, sondern noch gestiegen ist. In Zeiten der Rationalisierung produziert der Kapitalismus die Bedingungen seines Unterganges noch schneller als während seiner emporgestiegenen Blüteperiode.

Die Großen fressen die Kleinen.

Die amerikanische F. W. Woolworth Co. wird, wie Präsident Parsons mitteilte, Ende dieses Jahres in den Vereinigten Staaten, Kanada und Kuba insgesamt 1585 Einheitspräsidenten im Betrieb haben, gegen 1480 Ende 1926 und 1423 Ende 1925. In England werden Ende d. J. 300 und in Deutschland 8 Läden eröffnet sein.

Moderne Maschinenstürmer.

Der Streik der fast 100 000 amerikanischen Steinbohrerarbeiter ist nach fast siebenmonatigem heroischem Durchhalten zusammengebrochen. Dank der "Solidarität" der internationalen Gewerkschaften. Die Elemente aus der vorderen Reihe sind draußen geblieben, während das Gros von Hunger und durch Streikbrecherei auf die Knie gezwungen wurden.

Jetzt kommen die Unternehmer von neuem mit ihren Absichten, Sie erklären, daß es ohne eine bedeutende Lohnherabsetzung und ohne radikale Modernisierung der Technik nicht geht. Die Bergarbeiter wieder sehen, daß die Einführung von Maschinen, d. h. die Produktionssteigerung für sie von neuem die Hungergefahr bedeutet, für viele dauern. Und so richtet sich jetzt ein primitiver Guerillakrieg der hungernden Klassen gegen die Einführung von Maschinen. Eine stille aber hartnäckige Sabotage hat eingesetzt. Ein großer Teil der Arbeiter ist ständig mit Abräumen und Reparaturarbeiten beschäftigt. Die Arbeiter in ihren Isoliertfabrik und Handmaschinen haben eine starke Zunahme, denn ihnen gegenüber steht das riesigstarke Kapital, verbunden mit den Gewerkschaften. Dieser Vorgang aber beweist so richtig die Rückständigkeit der veralteten syndikalistischen Kampfmethoden.

Stagnation in Italien.

Die staatlich angeordneten Lohnreduktionen, die angeblich gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet waren, haben — selbstverständlich — das Gegenteil bewirkt. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Die Unternehmer machen sich gar nichts an ihnen gesetzlich zugestandenem Arbeitszeiterlöser. Es fehlt der Absatz, der durch die Lohnkürzungen — selbstverständlich — noch zurückgegangen ist.

Wohl hat das gutorganisierte, regierende Großkapital seine Profiteure erhöhen können. Einen Vorschub erhielt es noch durch die Aufwertung und Stabilisierung. Die Wirtschaftslage insgesamt stagniert auf einer ziemlich niedrigen Stufe der Depression. Die Zusammenbrüche von 602 im Jahre 1925 und 654 im Jahre 1926 steht ein Monatsdurchschnitt von 765 in diesem Jahre (Januar-September) gegenüber. Das Kapital der Aktiengesellschaften, das im Jahre 1925 um 4 Milliarden, 1926 um 4 Milliarden zunahm, hat vom Januar bis September 1927 nur um 1,35 Milliarden Lire zugenommen. Die hauptsächlichsten Bankoperationen sanken gleichzeitig in progressiver Linie. Diskante von rund 17 Milliarden im September 1927, Vorschüsse von rund 3 auf 12 Milliarden, Schulden auf Sicht von über einer Milliarde auf 669 Millionen. Die Zunahme der einströmenden Kontokorrenten von 1 Milliarde auf 2,675 Milliarden sagt nichts über die Wirtschaftslage aus, weil hier die Kontokorrente der Großbanken bei der Banca d'Italia einbezogen sind, die mit Zinsen ausgestattet sind, die die Konvertierung der kurzfristigen Schatzscheine in Angriff genommen wurde. Die frischen Schatzscheine, für die die Statistik über den Juni nicht hinausgeht, stagnieren dagegen.

Die schon sehr günstigen Ziffern, die aus italienischen Staatsquellen stammen, täuschen indes noch. Der Staatskapital, das eine weit über die Verhältnisse des Landes exportierende Automobilindustrie und infolgedessen einen starken Export aufweist. Desgleichen sind große Mittel herabgekommen durch die Einfuhr von vorjährige Wein- und Südkorn und Bedarfsmitteln für die breite Masse stark gedrosselt. Der wahre Ausdruck für die Wirtschaftslage ist der Kleinhandel, der von den Arbeitermassen lebt, der vollständig zurückgegangen ist, und der durch das Eingehen von tausenden Geschäften ausgedrückt wird, die in der Konkurrenz nicht enthalten sind. Das ist auch die Ursache der "Parteienreinigung" die wir schon mitteilten. Die zehntausend Kleinrentner erkennen immer mehr, daß der Faschismus ihnen keine Rettung bringen kann.

Das italienische Proletariat wird sich indes aus eigener Haushalt aus dem Schacht in seiner Rede vor dem Hausparlament zum Ausdruck gebracht. Er erklärte dort wörtlich, daß Deutschland wahrscheinlich nicht eine einzige öffentliche Anleihe hätte aufnehmen brauchen, wenn die Städte die Lasten ausgaben, wie Grubenanlagen, Gebäude, Kreditgewährung an die Privatwirtschaft und sonstige Bedürfnisse auflassen hätten. Seine Forderung läuft ganz klar auf die Unterbindung der soviel gerühmten Selbstverwaltung hin. Der sozialreformistische Eifer, das letzte Ueberbleibsel der Kriegswirtschaft und des "Novemberverbrechens", muß im Namen der Selbsthaltung notwendig vernichtet werden. Die Selbstverwaltung, eine Maßnahme des Frühkapitalismus zur Stärkung und rascheren Entwicklung der Großstadt als Basis für die Industrialisierung hat sich in ihrer jetzigen Form der Übernahme von dem dem Privatkapital vorbehaltenen Wirtschaftsleben als Gefahr für die Monopolisierung der Privatwirtschaft gezeigt. In einem stärkeren Maß ist es zwangswise zu einem Schutz der konsumierenden Bevölkerung gegen das Produktionskapital geworden. Die Kommunalverbände müssen eine aktive Stellung gegen die Überforderungen des Privatkapitals einnehmen, weil die sich dauernd verdichtende Konzentration des Kapitals den Konkurrenzkampf des Einzelarbeiters vernichtet. Durch die Preisdiktatur des Kapitals wird die Anbaumöglichkeit der kommunalen Wirtschaft gebremst. Der Lebensstandard sinkt, die Verelendung der Massen steigt und damit fällt auch die steuerliche Ausbeutungsmöglichkeit. Dann kommt noch, daß die Selbstverwaltungskörperarbeiten die "Wohlfahrtspläne" zu bringen haben, dessen Umfang sich

Mitteilungen

Ortsgruppe Forst.

Jeden Sonntag früh 9.30 Uhr: Öffentlich Diskussionsabend.

Vorträge:

- 1. Die intellektuellen in der Arbeiterbewegung. 2. Dialektischer Materialismus. 3. Internationale Lage (Die Gewerkschaften und der Befreiungskampf des Proletariats) im "Gasthaus zur Hopfenblüte" (Ermisch), Cottbuser Straße. KAZ-Leser und Sympathisierende sind eingeladen.

Die Ortsgruppe der Allg. Arbeiter-Union Fürstentum ist wegen Unterbringung von Org.-Material und Nichtabgabe der Org.-Materialien am Mittwoch, dem 22. November, um 7.30 Uhr, im "Gasthaus zur Hopfenblüte" (Ermisch), Cottbuser Straße, KAZ-Leser und Sympathisierende sind eingeladen.

Jeden Freitag, 19.30 Uhr, Diskussionsabend bei Gassat, Grenzstr. 3, 3. Unterbezirk.

Für den Pressekongress gehen: KAZ-Leser, Wohnung 0,85 RM, Fritz, Berlin RM 5.— für KAZ und RM 5.— für Kampfruf.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Kurt Sula, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Neuhagen 40/1.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lantitzer Platz 12. Telefon-Nr.: Wortplatz 7822. Berlin, 28. November 1927. Alle Zahlungen auf Postkontokonto: Berlin NW. 7, Nr. 638 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Dist. SO. 36, Lantitzer Pl. 12. Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mk., zahlbar bis 10. jedem Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht angenommen.

Politische Rationalisierung

Einheitsstaat - die Wahlparole der KPD

Seit einigen Wochen, besonders unter dem Einfluß des Memorandums des Reparationszweites, hat innerhalb des deutschen Kapitals eine starke Bewegung für den Einheitsstaat und die Vereinheitlichung der Verwaltung eingesetzt. Das bisherige Nebeneinander und Durcheinander von Reich, Ländern und Selbstverwaltungskörpern, die vielgestrigere Dreieinigkeit hat sich als eine ungeheure starke finanzielle Belastung erwiesen. Sie war ein großes und ist vielleicht das größte Hindernis gegen eine einheitliche zentrale Finanzwirtschaft. Das Finanzkapital vorzugsweise mit ihm das gesamte deutsche Kapital, strebt eine Finanzkontrolle der Länder und besonders der Kommunalwirtschaft an. Der Reichsbankpräsident ist als Hüter der deutschen Währung und als Verwalter des Reparationszweites der Refer im Streit. Die SPD, als stärkste Fraktion des parlamentarischen Oppositionsblockes im Reichstag, hat sich ja bei der letzten Regierungsbildung ausdrücklich verpflichtet, keine "Taktik christlichen, die die Gefahr einer Regierungskrise heraufbeschwört. Dieses dem Hindenburgblock gegebene Loyalitätsversprechen hat die SPD-Fraktion bis heute ehrlich gehalten und sie wird auch weiter die schwarzweiße Marx-Regierung sozusagen "ab-wirtschaften" lassen. Denn die Verantwortung für den bewußt gewollten Sturz der Regierung ist ein Makel, mit dem die heutige SPD, durchaus nicht in den nächsten Wahlkampf ziehen möchte. Gift es doch gerade für die Sozialdemokratie, den Schuld ihrer staatspolitischen Verantwortung blendend rein zu halten, um für ihre Regierungsfähigkeit möglichst viel Stimmen beim Kleinbürgertum sammeln zu können. Es ist die ganze politische und wirtschaftliche Situation, die dem Reichstag das Horoskop der Auflösung stellt. Das Schicksal einiger wichtiger Regierungsvorgänge (wie z. B. das Reichssozialgesetz) ist so ungewiß, daß das Kabinett Marx darüber leicht stolpern kann. Die parlamentarische Konstellation ist nicht so günstig, daß die Regierung mit dem bestehenden Reichstag unter allen Umständen durchs Feuer gehen kann. Außenminister Stresemann hat kürzlich in Braunschweig in einer Rede bereits die Wahrscheinlichkeit einer Weltwirtschaftskrise, die mit Neuwahlen gleichbedeutend wäre, angedeutet. — Das wichtigste Moment aber sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in den kommenden Monaten der jetzigen Regierung das Leben schwer machen. Der Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung ist da angefangen, wo er zwangsläufig auch auf den gesamten Staatsapparat übergehen muß. Das ergibt Reibungen mit den Länder- und

Reichstagsauflösung

Das neueste Ablenkungsmanöver

Der Reichstag ist am 22. November wieder zusammengetreten. Es ist aber heute ein offenes Geheimnis, daß er nicht bis zum Ende der vierjährigen Legislaturperiode im Dezember nächsten Jahres leben wird. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Reichsparlament der deutschen Bourgeoisie dem Schicksal der Auflösung verfallen ist. Die SPD rechnet bereits mit Neuwahlen im Februar, spätestens im Mai. Wenn der jetzige Reichstag vor seinem gesetzlichen Endtermin nach Hause geschickt wird, so wird dieser Gnadenstoß sicher nicht von der SPD geföhrt werden. Die SPD, als stärkste Fraktion des parlamentarischen Oppositionsblockes im Reichstag, hat sich ja bei der letzten Regierungsbildung ausdrücklich verpflichtet, keine "Taktik christlichen, die die Gefahr einer Regierungskrise heraufbeschwört. Dieses dem Hindenburgblock gegebene Loyalitätsversprechen hat die SPD-Fraktion bis heute ehrlich gehalten und sie wird auch weiter die schwarzweiße Marx-Regierung sozusagen "ab-wirtschaften" lassen. Denn die Verantwortung für den bewußt gewollten Sturz der Regierung ist ein Makel, mit dem die heutige SPD, durchaus nicht in den nächsten Wahlkampf ziehen möchte. Gift es doch gerade für die Sozialdemokratie, den Schuld ihrer staatspolitischen Verantwortung blendend rein zu halten, um für ihre Regierungsfähigkeit möglichst viel Stimmen beim Kleinbürgertum sammeln zu können. Es ist die ganze politische und wirtschaftliche Situation, die dem Reichstag das Horoskop der Auflösung stellt. Das Schicksal einiger wichtiger Regierungsvorgänge (wie z. B. das Reichssozialgesetz) ist so ungewiß, daß das Kabinett Marx darüber leicht stolpern kann. Die parlamentarische Konstellation ist nicht so günstig, daß die Regierung mit dem bestehenden Reichstag unter allen Umständen durchs Feuer gehen kann. Außenminister Stresemann hat kürzlich in Braunschweig in einer Rede bereits die Wahrscheinlichkeit einer Weltwirtschaftskrise, die mit Neuwahlen gleichbedeutend wäre, angedeutet. — Das wichtigste Moment aber sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in den kommenden Monaten der jetzigen Regierung das Leben schwer machen. Der Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung ist da angefangen, wo er zwangsläufig auch auf den gesamten Staatsapparat übergehen muß. Das ergibt Reibungen mit den Länder- und

Städteregierungen, weil deren wirtschaftliche Selbstständigkeit dadurch beschritten wird. Und dies umso mehr, da die Führer der privaten Wirtschaft gegen die kommunale Auslandsanleihepolitik Sturm laufen. Die zu erwartende mehr oder weniger starke Drosselung der Auslandskredite wird mit dem Abklängen der Konjunktur den Arbeitsmarkt so ungünstig beeinflussen, daß die Erwerbslosigkeit neue Riesenproportionen annehmen muß. Diese Entwicklung bringt die heutigen Regierungsparteien in eine Lage, wo sie selbst es für faktisch klüger halten, mit der Auflösung des Reichstages ein Ventil für die allgemeine Mißstimmung zu öffnen. Denn die Wahlansichten der Westary, Stresemann und Marx können sich nur verschlechtern, wenn sie mit dem alten Reichstags- und kommunistischen Erbkaisersystem meistern wollen.

Die Frage der baldigen Reichstagsauflösung wird bereits zum Anfang genommen, um das Proletariat in einen politischen Fieberzustand zu hetzen. Die SPD stiert schon Tag und Nacht nur nach der Wahlurne, wie der Katholik auf sein Heiligenbild. Die KPD brüllt jetzt noch lauter als vorher "weg mit diesem Reichstag" — als ob der nächste Reichstag der bürgerlichen Republik nicht genau solch Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse wäre. Die parlamentarischen Arbeiterparteien, SPD, wie KPD, sind es gerade, die mit dem Strohfeuerchen der evtl. Reichstagsauflösung die Proletariatsmassen von den Aufgaben ablenken, die sie am Vorabend neuer Krisenstürme in Angriff nehmen müßten. Denn auf der Tagesordnung des proletarischen Klassenkampfes steht nicht: wen schicken wir im Februar oder Mai in die Quasselbude der Bourgeoisie, sondern: wie kommen wir endlich aus dem mörderischen Tummelreue der kapitalistischen Verelendungsoffensive heraus! Organisation proletarischer Massen-kämpfe gegen die Ausbeuter und ihre staatslich-gewerkschaftliche Schlichtungsdiktatur, Aufmarsch der Arbeitermassen in der Klassenfront der revolutionären Betriebsorganisationen, ist die Parole, die allein den Ausweg aus der Hölle des Kapitalismus bedeutet.

Nicht reformistischer Wahlkampf um demokratische Illusionen, sondern revolutionärer Klassenkampf um das realisierbare Ziel des Sozialismus ist die Grundlage der modernen Arbeiterpolitik, trotz aller parlamentarischen Ablenkungsmanöver der SPD und KPD.

Selbstverwaltungskörpern beruht ihre Macht. Vereinfachung der Verwaltung ist für die Bourgeoisie Stärkung der staatlichen Macht oder vielmehr ausdrückliche, rückwärtsläufige Interessenpolitik der Kapitalisten. Im Gegensatz dazu will die SPD Erweiterung des Aufgabenkreises in der Selbstverwaltung. Aber die Selbstverwaltung hat ihre geschichtliche Aufgabe gelöst im Kapitalismus. Sie wird heute ein Hindernis für die kapitalistische Entwicklung. Selbstverwaltung ist Sozialreform und Luxus geworden.

Die Hemmnisse in der sofortigen Durchführung der offenen Finanzdiktatur bestehen auch darin, daß die konsolidierte Schnipparitätismus noch nicht durchgeführt ist. Die Schule war bisher sehr stark, weitgehend in den Großstädten, von den Linksparteien befeuert. Wenn die Beherrschung des Verwaltungsapparates in den Ländern von der Bourgeoisie aufgegeben werden soll, so zunächst dies nur unter gleichzeitigen Anbau neuer Machtpostionen. Die bewußte Verankerung in der Schule ist der Grundstein für die Herrschaft der Bourgeoisie. Das Reichssozialgesetz ist auch ein Teil des Abbaus der "Staatssozialversicherungsanstalten". Die SPD will den "staatssozialistischen Parteilichismus" der Verwaltung, darf sich nicht zu einer Finanzdiktatur gegen die Städte ausweichen. Die SPD will den "staatssozialistischen Parteilichismus" der Verwaltung, darf sich nicht zu einer Finanzdiktatur gegen die Städte ausweichen. Die SPD will den "staatssozialistischen Parteilichismus" der Verwaltung, darf sich nicht zu einer Finanzdiktatur gegen die Städte ausweichen. Die SPD will den "staatssozialistischen Parteilichismus" der Verwaltung, darf sich nicht zu einer Finanzdiktatur gegen die Städte ausweichen.



